
BESCHLUSS

der 13. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland
auf ihrer 6. Tagung
zu

Seenotrettung ist kein Verbrechen

vom 12. November 2025

1. Die Synode zeigt sich zutiefst erschüttert über die jüngsten gewaltsamen Angriffe libyscher Milizen und Einheiten der sogenannten Küstenwache auf zivile Rettungsschiffe und schutzsuchende Menschen im Mittelmeer.
Bei mehreren Vorfällen wurden Rettungsschiffe mit Schusswaffen angegriffen, Besatzungsmitglieder verletzt und Menschen, die Schutz suchten, in Lebensgefahr gebracht. Diese Taten verletzen grundlegende Menschenrechte und das Völkerrecht.
2. Die Synode verurteilt diese Angriffe auf das Schärfste und bekräftigt: Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern eine völkerrechtliche Pflicht und ein Gebot der Menschlichkeit.
Die Kirche steht an der Seite derer, die Leben retten und Not lindern, und bekennt sich zum Schutz der Würde jedes Menschen – unabhängig von Herkunft, Religion oder Aufenthaltsstatus.
3. Die Synode stellt mit großer Sorge fest, dass Einheiten der sogenannten libyschen Küstenwache von Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Booten, Ausrüstung und Ausbildungsprogrammen unterstützt werden.
Sie hält eine solche Kooperation für nicht verantwortbar, solange diese Einheiten systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen, illegale Pushbacks durchführen und Gewalt gegen Schutzsuchende und Rettungskräfte anwenden.
4. Die Synode fordert die Bundesregierung und die Europäische Union daher nachdrücklich auf,
 - alle Unterstützungsmaßnahmen für die sogenannte libysche Küstenwache auszusetzen,
 - die menschenrechtlichen Verstöße durch unabhängige Stellen aufzuklären,
 - und eine menschenrechtskonforme europäische Seenotrettungsmission unter ziviler oder internationaler Verantwortung aufzubauen.

5. Die Synode bittet den Rat der EKD, die Vorfälle öffentlich zu benennen, im ökumenischen und europäischen Kontext politische und kirchliche Solidarität zu suchen und den Schutz ziviler Seenotrettungsorganisationen einzufordern.
6. Die Synode dankt den zivilen Seenotrettungsorganisationen und insbesondere dem Bündnis „United4Rescue – Gemeinsam Retten“, das aus dem Engagement der EKD hervorgegangen ist. Sie bekräftigt die moralische und diakonische Verpflichtung der Kirche, das Leben von Menschen in Seenot zu retten, ihre Rechte zu schützen und gegen jede Form staatlich geduldeter Gewalt Stellung zu beziehen.

Dresden, den 12. November 2025

Die Präses der Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland

Anna-Nicole Heinrich